

BUNDESARBEITSGERICHT

Grundsatz der Tarifeinheit fällt

Der Vierte Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) will seine Rechtsprechung zum Grundsatz der Tarifeinheit ändern. Tarifverträge, die für die Gesamtbelegschaft eines Betriebs geschlossen wurden, sollen im Zweifel keinen Vorrang mehr vor Konkurrenzverträgen für einzelne Gruppen haben. Eine solche Kehrtwende in der BAG-Rechtsprechung würde die Position von Spartengewerkschaften wie der Ärztegwerkschaft Marburger Bund (MB) oder auch der Lokomotivführergewerkschaft deutlich stärken. Der Zehnte Senat des BAG muss dem noch zustimmen.

Im konkreten Fall (Az.: 4 AZR 549/08 A) geht es um eine Tariffrage, die sich aus der 2005 erfolgten Abspaltung des MB aus der Tarifkooperation mit Verdi ergab: Die Arbeitsrichter kamen zu dem (noch vorläufigen) Ergebnis, dass der neue Verdi-Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TvÖD) für MB-Mitglieder von Beginn an nicht bindend war. Der klagende Arzt eines

kommunalen Krankenhauses konnte daher nach ihrer Auffassung damals mit Recht verlangen, zunächst weiter nach dem alten, für ihn günstigeren Bundesangestelltentarif (BAT) bezahlt zu werden. Der Arbeitgeber hatte dagegen auch ihn nach dem neuen TvÖD bezahlt.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände hatte den MB erst im Sommer 2006 – nach massiven Streiks der Klinikärzte – als eigenständigen Verhandlungspartner anerkannt und anschließend einen arzt spezifischen Tarifvertrag geschlossen. „Seit 2006 hat der MB als Tarifvertragspartei eine Vielzahl solcher Verträge mit unterschiedlichen Klinikarbeitgebern abgeschlossen. Wenn nun der Vierte Senat des Bundesarbeitsgerichts beabsichtigt, die bisherige Rechtsprechung zur Tarifeinheit der Rechtswirklichkeit anzupassen, können wir das nur begrüßen“, kommentierte der MB-Vorsitzende, Rudolf Henke. JF

BOLOGNA-PROZESS

Mehr Geld für die Lehre



Foto: Carlo

Bachelor und Master: 80 Prozent der Studiengänge sind inzwischen umgewandelt – Ausnahme ist die Medizin.

Deutliche Kritik an der europaweiten Hochschulreform, dem Bologna-Prozess, übten Ende Januar Hochschulexperten anlässlich eines Fachgesprächs des Bundestagsausschusses für Bildung und Forschung in Berlin. Sie forderten dabei mehr Geld für die Hochschulen, um die Lehre zu verbessern und einen Anstieg der Studierendenzahlen zu verkraften. Umgewandelt in

die Bachelor-/Masterstruktur sind zum Wintersemester 2009/2010 fast 80 Prozent der Studiengänge, die Humanmedizin ist nach wie vor ausgenommen. Nach Ansicht von Prof. Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, sind viele Umstellungsprobleme der jahrzehntelangen Unterfinanzierung des Hochschulwesens geschuldet. Um die

Qualität der Lehre zu verbessern, forderte er mehr langfristige Stellen für Professoren und Tutoren. Schätzungsweise eine Milliarde Euro pro Jahr seien dafür zusätzlich notwendig. Zudem sprach sich der Wissenschaftsratsvorsitzende für ein gemeinsames Programm von Bund und Ländern aus. Notwendig sei auch ein Ausbau der „räumlichen Infrastruktur“ der Hochschulen. ER

RANDNOTIZ

Birgit Hibbeler

Die Grenze ist erreicht. Es gibt keine weiteren Wirtschaftlichkeitsreserven in den Krankenhäusern. Darauf hat erst kürzlich die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hingewiesen. Und in der Tat: Dass die Kliniken im Geld schwimmen, glaubt wohl niemand, der sich ein bisschen auskennt. Doch hört man die Erzählungen so mancher Krankenhausärzte, wird man stutzig. Da gibt es Abteilungen, in denen ist es schon eine Wissenschaft für sich, einen Untersuchungstermin innerhalb des Hau-

Die Grenze des Erträglichen

ses zu vereinbaren. Je nach Fachgebiet hat die Anfrage telefonisch, über das Computersystem oder mit einem Konsilschein zu erfolgen. Das Ganze ist selbstverständlich Aufgabe des Stationsarztes. Das Pflegepersonal hat sich nämlich für nicht zuständig erklärt, einen Stationssekretär oder Case Manager gibt es nicht.

Junge Assistenzärzte sind Wesen ohne Lobby. Ihren Urlaub nutzen sie mitunter, um mal in Ruhe ein paar Briefe wegzudiktieren. Interessant, was man so als erholsam empfinden kann. Nach ein paar Jahren Klinik hängt die Latte wohl ziemlich niedrig. Dass während der Dienstzeit Arbeit liegen bleibt, verwundert nicht. Schließlich müssen ja auch noch Diagnosen verschlüsselt, verschollene Akten besorgt und falsch beklebte Blutröhrchen korrigiert werden. Manche Ärzte heften Befunde ab oder besorgen Druckerpapier.

Es gibt immer noch unsinnige Arbeitsabläufe in Kliniken. Wer die angeht, kann sicherlich keine Millionen einsparen. Denn meist werden sie durch den Einsatz von Einzelpersonen ausgeglichen. Und das kostet nichts, weil deren Überstunden nicht bezahlt werden. Vernünftige Abläufe motivieren aber. Das ist dringend notwendig, denn für viele Ärzte ist die Grenze des Erträglichen erreicht.